



Pressemitteilung

Matthias-Strenges-Siedlung - Rot-Grün beendet jahrelangen Streit

Nur wenige Wochen nachdem die Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnungsbau dem Bezirksamt den Auftrag erteilt hat, die umstrittene Planung für das Gebiet am Strengesweg in Poppenbüttel wieder aufzunehmen, ist es der Rot-Grünen Koalition in Wandsbek gelungen, mit der Bürgerinitiative einen Kompromiss zu erarbeiten, der auch die betroffene Wohnungsbaugenossenschaft überzeugt hat.

Der konsensfähige Planentwurf wird am kommenden Dienstag, dem 6. November, dem Wandsbeker Planungsausschuss zur Abstimmung vorliegen und dann voraussichtlich Grundlage einer öffentlichen Plandiskussion sein, die für Montag, den 19. November, geplant ist.

Der Kompromissvorschlag sieht an der Straße Heublink und am Windröschenweg insgesamt vier Mehrfamilienhäuser mit maximal sechs Wohneinheiten vor. Ansonsten werden durchgehend Ein- und Zweifamilienhäuser festgesetzt. Entlang dem Strengesweg soll es keine hintere Bebauung geben. Die Frage der Festsetzung von Erhaltungsbereichen oder Gestaltungsvorgaben für den Erhalt der städtebaulichen Struktur soll im weiteren Planverfahren geklärt werden.

„Wir sind sehr froh darüber, dass wir so zügig mit der Bürgerinitiative und der Baugenossenschaft eine Einigung erzielen konnten. Nach fast zehn Jahren Streit gibt es endlich eine verlässliche Zukunft für die Siedlung, mit der alle Beteiligten gut leben können. Und auch die Verwaltung kann nun das Planverfahren zeitnah umsetzen“, so Anja Quast, Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung Wandsbek.

Auch Susanne Zechendorf, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, sieht in der Einigung zwischen den Vertretern der Bürgerinitiative und der Wohnungsbaugenossenschaft einen bedeutenden Erfolg der gemeinsamen Anstrengungen:

„Unsere Fraktion hat in allen Verhandlungen sehr großen Wert darauf gelegt, den erfolgreichen Bürgerentscheid aus dem Jahr 2004 im Auge zu behalten und den Willen der Bürger nicht mit Füßen zu treten. Wir sind sehr froh, dass es nun gelungen ist, die verhärteten Fronten aufzuweichen und eine Lösung zu finden, mit der alle Beteiligten gut leben können. Das Beispiel Matthias-Strenges-Siedlung zeigt, dass es wichtig und richtig ist, sich nicht aufs hohe Ross zu schwingen und Bürgerentscheide mit dem Verweis auf geltendes Recht vom Tisch zu fegen. Auch wenn das manchmal der bequemere Weg zu sein scheint!“